

#Lassunsreden

JUGEND

ZEIT

PERSPEKTIVPAPIERE DER

AG EIGENSTÄNDIGE

JUGENDPOLITIK

SACHSEN

III. JUGENDGERECHTIGKEIT AUF DEM (AUS)BILDUNGSWEG.

2016

Eigenständige Jugendpolitik

Die Jugend als eigenständige Lebensphase mit spezifischen Chancen und Herausforderungen markiert den Leitgedanken für die Ausgestaltung einer Eigenständigen Jugendpolitik. Sie muss eine Politik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen sein, muss unterschiedliche Lebensentwürfe, Lebenswelten und Bedürfnisse anerkennen, respektieren und fördern.

Dieser Herausforderung stellt sich die JUST Jugendstiftung Sachsen gemeinsam mit örtlichen und überörtlichen Träger der sächsischen Kinder- und Jugendhilfe. Ziel der gemeinsamen Arbeit ist die Entwicklung und Erstellung von Perspektiven für eine Eigenständige Jugendpolitik in Sachsen. Hierfür fokussieren wir in Veranstaltungen auf die zentralen Lebensbereiche und Lebenswirklichkeiten junger Menschen, diskutieren mit Expert/innen und Jugendlichen, interessierten Fachkräften und Akteuren das Thema Jugend, werten die Ergebnisse in der AG „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ aus und verdichten Schwerpunkte zu Perspektivpapieren für die fachpolitische Diskussion.

Seit 2015 wird dies in einem eigenständigen Veranstaltungsformat gebündelt – „#lassunsreden-Jugendzeit“ als in wechselnden, sächsischen Orten stattfindende, thematische Gesprächsreihe. Auf Basis der Ergebnisse und deren Bewertung entstehen Perspektivpapiere mit dezidiert sächsischem Blick.

Die Arbeitsergebnisse bringen wir in die politische Debatte ein und beziehen uns hierbei auf die Formulierungen des Koalitionsvertrags (S. 51) zwischen sächsischer CDU und SPD: *„Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Daher wollen wir unter Einbeziehung von Vereinen, Verbänden und Kommunen die eigenständige Jugendpolitik für Sachsen weiterentwickeln.“*

Arbeitsgruppe Eigenständige Jugendpolitik Sachsen

Die Projektumsetzung „#lassunsreden-Jugendzeit“ wird trägerübergreifend in der Arbeitsgruppe „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ koordiniert und fachlich begleitet. Aktuell wirken an der Arbeit der AG „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ die folgenden örtlichen und überörtlichen Träger der Sächsischen Kinder- und Jugendhilfe mit.

- Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz; Landesjugendamt
- Stadt Chemnitz; Amt für Jugend und Familie
- Stadt Leipzig; Amt für Jugend, Familie und Bildung
- Landkreis Nordsachsen; Jugendamt
- Evangelische Akademie Meißen
- AGJF Sachsen e. V.
- Kinder- und Jugendring Sachsen e. V.
- Deutsche Kinder- und Jugendstiftung; Regionalstelle Sachsen
- Sächsische Jugendstiftung
- JUST – Jugendstiftung Sachsen; Fachstelle Freiwilligendienste
- Landesjugendpfarramt/Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen
- Sächsische Landjugend e. V.

Jugendgerechtigkeit auf dem (Aus)Bildungsweg.

Soziale Positionierung als Ergebnis eines individuellen (Aus-)Bildungsweges ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe der Lebensphase Jugend. Wir laden zur Diskussion über jugendgerechte Bildungswege, -orte und -übergänge, über eine jugendgerechte und demokratische (Aus)Bildungskultur ein.

Datum: 30. August 2016, 16:00 Uhr

Ort: Kulturfabrik, Braugasse 1, 02977 Hoyerswerda

Mit etwa 25 Teilnehmer_innen wurden Aspekte der Bildung und Ausbildung sowie kommunaler Bildungslandschaften diskutiert und Erfordernisse für Bildungs-, Lern- und Lebensorte in der Demokratie formuliert. In der nachfolgenden Zusammenfassung sind die wesentlichen Diskussionsergebnisse dargestellt.

Bildungsverständnis

Die Verantwortungsgemeinschaft für die (Aus)Bildung von Kindern und Jugendlichen ist größer als die Schule, hier stehen zuvorderst die Eltern, die außerschulischen Bildungs- und Freizeitangebote der Jugendhilfe und die Kommunen in der Pflicht. Vor Ort besteht die Herausforderung darin, funktionierende, aufeinander abgestimmte und sich ergänzende Bildungslandschaften zu formen und auszubauen. Insofern lag der Diskussion zu „Jugendgerechtigkeit auf dem (Aus)Bildungsweg“ ein weiter, den Anforderungen einer komplexen Gesellschaft entsprechender Bildungsbegriff zugrunde, der auch Formen der informellen Bildung umschließt. In diesem ganzheitlichen Verständnis steht Bildung für den lebensbegleitenden Entwicklungsprozess der Erweiterung geistiger, kultureller und lebenspraktischer Fähigkeiten sowie persönlicher und sozialer Kompetenzen. In den Kommunen sollte der Anspruch verfolgt werden, mit Hilfe von übergreifenden Konzepten und Netzwerken an den Schnittstellen von Schule und Jugendhilfe, an den Übergängen von Schule, Ausbildung, Studium und Eintritt in den Beruf sowie für die Orientierungs- und Engagementphasen der Freiwilligendienste Transparenz herzustellen, Informationen auszutauschen und funktionierende Lotsen- und Unterstützungssysteme zur Verfügung zu stellen.

Zukunftsorientierte, jugendgerechte Schule

Schulen sind mit zahlreichen gesellschaftlichen Anforderungen und Ansprüchen konfrontiert. Im Kern wird von Schulen erwartet, junge Menschen auf deren Zukunft vorzubereiten, ihnen eine breite und entwicklungs offene Allgemeinbildung zu vermitteln. Da die Jugend vielfältig, die einzelnen Menschen unterschiedlich und die Lernbiographien mitunter alles andere als geradlinig verlaufen, stehen die Lehrkräfte und deren außerschulischen Partner vor einer komplexen Bildungsherausforderung, die soziale, demokratische, kognitive und methodische Kompetenzen umfasst und neben dem bildenden Auftrag auch erzieherische Anforderungen formuliert.

In unseren Schulen sollen Jugendliche auf das Leben in einer sich dynamisch verändernden Gesellschaft und Arbeitswelt vorbereitet werden, sich zu selbständigen und autonom handelnden Persönlichkeiten entwickeln. Neben den unmittelbaren Unterrichtsinhalten, die in anspruchsvollen Lehrplänen festge-

geschrieben sind, umfasst dies z.B. Fragen wie „Was erwarte ich von meinem Leben? Womit will ich ´ meine Brötchen ´ verdienen? Wie will ich mich in meinem Ort einbringen? Was sind meine Werte?“. Um eigene Antworten auf diese Fragen zu finden, um handlungsfähig im Sinne eigener Antworten zu sein, werden Kompetenzen benötigt. Hierfür muss Schule den Trainingsraum bieten, muss Partizipationsräume öffnen, aktiv Gelegenheiten herstellen, um Kompetenzen zu erlernen, um bspw. Kritikfähigkeit, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit auszuprägen. In den sächsischen Lehrplänen wird versucht, diesem Anspruch bspw. über Multiperspektivität und fächerverbindenden Unterricht Rechnung zu tragen, nach Wahrnehmung der Schüler/innen und Erwachsenen in der Diskussionsrunde kommt davon in der Praxis jedoch zu wenig an.

Kann Schule in diesem Sinne zukunftsorientiert und zugleich jugendgerecht sein? Sie kann, wenn sie sich als Lern- und Lebensort verstehen lernt, der in wesentlichen Fragen gemeinsam verantwortet, gemeinsam demokratisch gestaltet wird. Hierzu sind übergreifende Regelungen notwendig, die einen grundlegenden Rahmen formulieren und im Sinne strategischer Vereinbarungen für einen längeren Zeitabschnitt Geltung beanspruchen. Diese Normen des gemeinsamen Schullebens speisen sich einerseits aus gesetzlichen Vorgaben, Verordnungen und Bildungszielen, andererseits aus den notwendigen Grundlagen zur funktionierenden Organisation des schulischen Alltags sowie aus programmatischen Beschlüssen der Schulkonferenzen.

Unterhalb dieses „Schulvertrags“ könnten sukzessive Räume für Aushandlung, für Mitgestaltung und geteilte Verantwortlichkeiten entwickelt, erprobt, verworfen oder nachhaltig verankert werden. Für Jugendliche in einer demokratischen Gesellschaft ist es unerlässlich mit Fragen der Gestaltung des Zusammenlebens alltäglich konfrontiert zu werden, vielfältige Perspektiven auf ein Thema zu besprechen, auszuhalten und mit errungenen Kompromissen umgehen zu lernen. Sie müssen die Konsequenzen ihrer Handlungen und gemeinsamer Entscheidungen erfahren, müssen Verantwortung anstatt Beliebigkeit spüren und Entscheidungen und deren Begründungszusammenhänge transparent nachvollziehen können.

Die Aufgabe der Schule, von Schulleitung und Lehrer/innen besteht darin, Schüler/innen ins Nachdenken zu bringen, Dinge zu hinterfragen und Kontroversen in den Schulalltag zu tragen. Dies gelingt am ehesten, wenn schulische Abläufe, gesellschaftliche Entwicklungen, politische Fragen und tagesaktuelle Ereignisse ebenso wie Alltagserfahrungen aus der Lebenswelt der Schüler/innen zur Diskussion gestellt und offen besprochen werden können. Es gelingt auch durch die Zusammenarbeit mit externen Partnern an Schulen und der Schaffung von Lerngelegenheiten an außerschulischen Orten, durch eine stärkere Verknüpfung schulischen Alltags mit der sozialen Umwelt von Schule, mit lebensweltlichen, authentischen Orten und Gesprächspartner/innen.

Peer-Learning und Schülermitwirkung

Das Besondere von Peer to Peer Ansätzen ist, dass junge Menschen, die selbst Schüler/innen sind, in den Unterricht anderer Schüler/innen kommen und ihnen ihr Wissen weitergeben und Lernen gestalten. Das begeistert Schulen, das begeistert Schüler/innen. Die Gestaltung von Lern- und Projekteinheiten durch Gleichaltrige eröffnet alternative Zugänge und Formate, schafft positive Modelle, die Orientierung und Reibung ermöglichen.

Bei den Schülerinnen und Schüler, die an der Gestaltung des Lernens als Peers oder an der Gestaltung des Schullebens als bspw. Schülerräte mitwirken, entwickeln sich positive Perspektiven auf Beteiligung und Mitbestimmung, werden Erfahrungen der Selbstwirksamkeit angereichert. Für die Lehrkräfte werden ähnliche Effekte berichtet, es wird als bereichernd und entlastend beschrieben, Verantwortung zu teilen, die Schulkultur gemeinsam zu entwickeln und zu verantworten.

In Sachsen bestehen erfolgreiche Projekte der P2P-Education, grundlegend die Mitbestimmungsgremien an sächsischen Schulen, auf Kreis- und Landesebene. Landesweit wurde und wird gute Praxis beispielsweise durch die Teamer/innen des Netzwerks für Demokratie und Courage, die Mitwirkungsmoderator/innen von Mitwirkung mit Wirkung, die Peer Trainer (hier wurde die Förderung eingestellt) und die Peer Leader der RAA Sachsen e.V. und die Aktiven des Programms genialsozial gelebt. Diese und ähnliche Ansätze der Mitwirkung und Mitgestaltung gilt es in demokratischen, jugendgerechten Schulen ernst zu nehmen, kontinuierlich auszubauen und zu stärken. Hier sind auch die Erwachsenen, vornehmlich Lehrer/innen und Schulleiter/innen gefragt, da deren Haltung und Bereitschaft zur Unterstützung ganz wesentlichen Einfluss auf die Anerkennung, Wirksamkeit und Vitalität von gelebter Partizipation an der Schule hat.

Politische Bildung im schulischen Alltag

Welches Verständnis von politischer Bildung und von der Qualität politischer Bildung wird an sächsischen Schulen gelebt? In den Berichten aus der Praxis wird vor allem von fachbezogenen Bildungsinhalten berichtet, von gesellschaftspolitischer Bildung in Gemeinschaftskunde, Recht und Wirtschaft, von historisch-demokratischer Bildung in Geschichte. Eine schulische Praxis, die soziale, politische und gesellschaftliche Kontroversen im Unterricht fächerübergreifend sichtbar und im Schulalltag diskutabel macht, ist nicht flächendeckend Realität. Insofern verstellt die starre Orientierung am Lehrplan Lernmöglichkeiten, die in gesellschaftlichen Kontroversen und Konflikten liegen, die jungen Menschen außerhalb von Schule in ihren Familien, Peergroups und sozialen Medien begegnen.

Demokratie ist jedoch nicht nur Parteipolitik, Politik findet nicht nur in Brüssel, Berlin oder Dresden statt, sondern umfasst die Gesamtheit unserer gesellschaftspolitischen Prozesse, die notwendig sind, um das Miteinander und Zusammenleben zu regeln. Dieses erweiterte Politikverständnis bietet unbegrenzte Anknüpfungspunkte für den Unterricht und den schulischen Alltag, öffnet Diskurse, die mit vielfältigen Unterrichtsinhalten und Fächern zu koppeln sind. Wenn an Schule über Politik geredet wird, dann muss über Freiheit, über Werte und über Konflikte diskutiert werden, dann sollten gesellschaftliche Entwicklungen wie z.B. die Krise der Demokratie, die Flüchtlingsbewegung nach Europa, der Armutsbericht der Bundesregierung und bspw. die Schließungsdiskussion um die Schwimmhalle im Ort Raum bekommen.

„Die Schule in der demokratischen Gesellschaft, die junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben in dieser Gesellschaft, in einer Demokratie vorbereiten soll, muss doch ein Lebensraum sein, wo sie das lernen können.“¹ Dafür braucht es Offenheit, Mitsprache und Beteiligung sowie die zeitlichen, organisatorischen und räumlichen Möglichkeiten. Und es braucht realen Gestaltungsspielraum im System Schule, um Debatten anzustoßen, Meinungen auszutauschen und demokratisch zu streiten. Politik ist ein Thema der Betroffenheit und Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern sind Betroffene.

Für die gemeinsame Herausforderung des Demokratie-Lernens als elementare Aufgabe moderner Bildung müssen Kinder und Jugendliche mit einem ganzheitlichen Verständnis in Berührung kommen, dieses kognitiv, emotional und alltagspraktisch aufnehmen und erleben. Hier gilt es verstärkt die differenzierten und sich gegenseitig bedingenden Vorstellungen der „Demokratie als Herrschaftsform“ (aktuell abgebildet in den Inhalten der Lehrpläne), der „Demokratie als Gesellschaftsform“ (im Sinne einer spezifischen kooperativen, interaktiven und sozialen Vergesellschaftung) sowie der „Demokratie als Lebensform“ (die unmittelbare Ausprägung von Interaktionen auf der Mikroebene, von zwischenmenschlichen Interaktionen und Aktivitäten in Gruppen und Organisationen) für den schulischen Kontext nutzbar zu machen und neue Formen der Implementierung in den schulischen Alltag zu entwickeln.

¹ Zitat eines Gastes zum #lassunsreden-Gespräch

Ein Szenario der Schule der Zukunft – Verantwortlichkeit vor Ort

Die Schule der Zukunft ist ein Lebens- und Bildungsort mit echter Verantwortung für die Ausgestaltung des Lernens und Lebens in der Demokratie. In diesem Sinne muss Schule in die Lage versetzt werden, vor Ort in gemeinsamer Verantwortung mit dem Kollegium, mit Schüler/innen, Eltern und Partnern ein ganzheitliches Konzept zu entwickeln und Personalpolitik zu betreiben. Schulen können auf diesem Weg Profil gewinnen und Wahlfreiheit schaffen, eröffnen Optionen für Spezialisierung und Ausdifferenzierung, von sehr freien und offenen Formen der Schulorganisation bis hin zu stärker strukturierten Angeboten, weil es für alle Modelle einen gesellschaftlichen Bedarf gibt. Mit einer Verlagerung von Verantwortung und Kompetenzen in Richtung der einzelnen Schule wird eine Entwicklung von Diversität im Schulsystem denkbar, die der komplexen und vielfältigen Gesellschaft gerecht werden kann.

Diese Entwicklung wäre ein konsequenter Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit für junge Menschen und Wahlfreiheit für Eltern. Sie könnte die Nachfrage nach und Nutzung von alternativen Schulmodellen, von denen bisher vor allem Jugendliche in urbanen Räumen mit mobilen Eltern und aus bildungs- und finanzstarken Herkunftsfamilien profitieren, in eine echte Wahlfreiheit für alle Kinder und Jugendlichen transformieren. Dieser Paradigmenwechsel innerhalb des staatlichen Schulsystems muss damit einhergehen, Schule vom Kind und vom Jugendlichen ausgehend zu denken und zu gestalten, erfolgreiche Modelle, die sich längst bewährt haben, in die Breite und in die Fläche zu multiplizieren.

Schulstandorten in Regionen und Ortsteilen mit besonderen sozialen Problemlagen sollten deutlich mehr Ressourcen für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden, als Schulen in Stadtgebieten, in denen die sozialen Netzwerke und Herkunftsfamilien kompensatorisch wirksam werden. Diese positive Diskriminierung wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit und könnte langfristig eine neue soziale Durchmischung von Quartieren bewirken.

Nur mit einer konsequenten Verlagerung von Verantwortung und Kompetenzen in Richtung Schule eröffnen sich praktische und attraktive Gestaltungsräume, innerhalb derer Schule mehr Verantwortung mit Schüler/innen und Eltern teilen kann.

**#lassunsreden ist eine Veranstaltungsreihe der Arbeitsgruppe für eine
EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK in Sachsen.**



JUST – Jugendstiftung Sachsen

Neefestrasse 82
09119 Chemnitz

Tel.: (0371) 533 64 - 14
Fax: (0371) 533 64 - 26

E-Mail: info@jugendstiftung-sachsen.de

www.jugendstiftung-sachsen.de

Projekt Jugendpolitik braucht
E-Mail: jugendpolitik@jugendstiftung-sachsen.de
